



Statuten

1. Name, Sitz, Tätigkeitsbereich und Geschäftsjahr des Vereines

- 1.1. Der Verein führt den Namen ORGELLAND CARINTHIA
- 1.2. Der Verein hat seinen Sitz in Klagenfurt.
- 1.3. Der Verein versteht sich als kulturelle Institution Kärntens.
- 1.4. Das Geschäftsjahr des Vereines ist das Kalenderjahr.

2. Gemeinnützigkeit des Vereines

- 2.1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, wissenschaftliche und kulturelle Zwecke.
- 2.2. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke; er ist überkonfessionell und parteipolitisch neutral.

3. Zweck des Vereines

- 3.1. Zweck des Vereines ist vorrangig im Lande Kärnten das Interesse und Engagement für die Orgelmusik zu fördern und deren Verbreitung und Weiterentwicklung durchzuführen.

Dazu gehört

- das historisch-kritische Untersuchen und Aufarbeiten der Bedeutung und Verwendung der Orgel als sakrales Instrument,
- die Realisierung von Ideen für die zunehmende Verwendung der Orgel im Kontext profaner Musikproduktion,
- die Weiterentwicklung der zukunftsweisenden Bedeutung der Orgel als Kulturmedium.

4. Tätigkeiten, die zur Verwirklichung des Vereinszweckes vorgesehen sind

4.1. Tätigkeiten:

- die Anregung und Förderung von Aufführungen der Werke für Orgel in der Öffentlichkeit.
- die Durchführung von Seminaren zur Weiterbildung von Organisten über die vorhandenen institutionellen Möglichkeiten hinaus.
- die Anregung und Durchführung von experimentellen Orgelprojekten in Verbindung mit anderen Kunstrichtungen.

- die Durchführung von wissenschaftlichen Tagungen und Ausstellungen.
- die Abhaltung von internationalen Orgelwettbewerben zur Förderung des Organistennachwuchses.
- die Zusammenarbeit mit staatlichen, kirchlichen und anderen öffentlichen Einrichtungen, Archiven und Sammlungen, insbesondere dem Kärntner Landesarchiv, sofern eine Übereinstimmung mit dem Vereinszweck gegeben ist.
- die Erstellung eines Archivs für sämtliche Orgelkompositionen mit dem Schwerpunkt auf Kärnten.
- die Ausschreibung von Kompositionsaufträgen für Orgel in den verschiedensten Besetzungen.
- die Anregung und Förderung von Publikationen über Leben und Werk von Organisten, Orgelkomponisten und Orgelbauern.
- die Unterstützung bei Orgelbauvorhaben, sei es eine Neukonzeption oder eine Wiederinstandsetzung.
- die Unterstützung bei der Herausgabe von Orgelmusik aus allen Stilepochen, insbesondere von Werken der Neuen Musik.
- die Herausgabe einer Mitgliederzeitschrift.

4.2. Aufbringung der erforderlichen finanziellen Mittel:

- durch Mitgliedsbeiträge
- durch zusätzliche Beiträge der fördernden Mitglieder
- durch Erträgnisse aus Veranstaltungen
- durch Erträgnisse aus diversen Veröffentlichungen
- durch freiwillige Sponsorleistungen
- durch Spenden
- durch Sammlungen
- durch Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen

5. Arten der Mitgliedschaft

Der Verein unterscheidet zwischen ordentlichen Mitgliedern, fördernden Mitgliedern und Ehrenmitgliedern.

5.1. Die ordentlichen Mitglieder gestalten die Arbeit des Vereines durch aktive Beiträge mit.

5.2. Die fördernden Mitglieder fördern durch ideelle und sachliche Beiträge die Arbeit des Vereines.

5.3. Ehrenmitglieder sind Personen, die wegen ihres besonderen Einsatzes für den Verein ernannt werden

können.

5.4. Alle ordentlichen und fördernden Mitglieder sind zur Zahlung des von der Generalversammlung jeweils festgesetzten Mitgliedsbeitrages verpflichtet. Ehrenmitglieder sind von der Verpflichtung zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages ausgenommen.

6. Erwerb der Mitgliedschaft

6.1. Mitglied des Vereines kann jede physische sowie juristische Person werden, die den Vereinszweck und die entsprechenden Aktivitäten des Vereines unterstützen will.

6.2. Der Antrag auf Mitgliedschaft erfolgt schriftlich an den Vorstand, der über die Annahme des Antrages und die Art der Mitgliedschaft entscheidet.

6.3. Die Ablehnung des Antrages kann ohne Bekanntgabe der Gründe erfolgen.

6.4. Eine Ehrenmitgliedschaft kann durch den Vorstand oder ein Mitglied der Generalversammlung beantragt werden. Die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft erfolgt durch Mehrheitsbeschluß (einfache Mehrheit) der Generalversammlung.

7. Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod – bei juristischen Personen durch den Verlust der Rechtspersönlichkeit – durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluß.

7.1. Der freiwillige Austritt. Er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er ist jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zulässig und wird erst nach Zahlung etwaiger Beitragsrückstände wirksam.

7.2. Der Ausschluß kann wegen vereinschädigenden oder unehrenhaften Verhaltens vom Vorstand verfügt werden. Er ist dem Mitglied schriftlich unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Gegen den Ausschluß ist jedoch binnen 2 Wochen nach Erhalt des schriftlichen Ausschlußbeschlusses die Berufung an die Generalversammlung zulässig. Bis zur Entscheidung der Generalversammlung ruhen die Mitgliedsrechte und Mitgliedspflichten.

8. Rechte und Pflichten der Mitglieder

8.1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereines teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereines zu beanspruchen.

8.2. Das aktive und passive Stimmrecht in der Generalversammlung steht den ordentlichen Mitgliedern und den Ehrenmitgliedern zu.

8.3. Die Mitglieder haben das Recht, in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit des Vereines und über die finanzielle Gebarung informiert zu werden. Wenn es jedoch mindestens ein Zehntel der Mitglieder unter Angabe von Gründen verlangt, so ist der Vorstand verpflichtet, jedes dieser Mitglieder auch außerhalb der Generalversammlung und zwar binnen vier Wochen ab dem Einlangen des Verlangens entsprechend zu informieren.

8.4. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereines nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, worunter das Ansehen und der Zweck des Vereines leiden könnten. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Sie sind zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge zu Beginn des Kalenderjahres bzw. zum Zeitpunkt des Beitritts in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

8.5. Die Ehrenmitglieder sind von der Pflicht zur Entrichtung dieser Beiträge befreit. Zusätzliche Zuwendungen (Spenden) können von Mitgliedern und Nichtmitgliedern in unbeschränkter Höhe zur Förderung des Satzungszweckes entrichtet werden.

8.6. Die Mitgliedschaft ruht grundsätzlich dann, wenn ein Mitglied zum Verein in ein bezahltes Dienstverhältnis tritt.

9. Organe des Vereines

9.1. die Generalversammlung

9.2. der Vorstand

9.3. der wissenschaftlich - künstlerische Beirat.

10. Die Generalversammlung

10.1. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich im zweiten Quartal statt.

10.2. Eine außerordentliche Generalversammlung hat auf Beschluß des Vorstandes oder der ordentlichen Generalversammlung oder auf schriftlich begründeten Antrag von mindestens 10% der Mitglieder oder auf Verlangen des Rechnungsprüfers stattzufinden. In den vorgenannten Fällen hat die außerordentliche Generalversammlung längstens 3 Monate nach Einlangen des Antrages auf Einberufung beim Vorstand stattzufinden.

10.3. Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens 6 Wochen vor dem Termin schriftlich einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand.

10.4. Anträge zu Tagesordnungspunkten sind mindestens 24 Stunden vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich einzureichen.

10.5. Gültige Beschlüsse – außer solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zu Tagesordnungspunkten gefaßt werden.

10.6. Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Das Stimm- bzw. Wahlrecht richtet sich nach Punkt 8.2. der Statuten. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Juristische Personen werden durch einen Bevollmächtigten vertreten. Die Übertragung des Stimmrechtes ist unzulässig.

10.7. Die Generalversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist und wenn zur Generalversammlung statutengemäß eingeladen wurde. Eine halbe Stunde nach dem festgesetzten Beginn ist sie unabhängig von der Zahl der Anwesenden beschlußfähig.

10.8. Die Wahlen und Beschlußfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit. Beschlüsse, mit denen die Statuten des Vereines geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

10.9. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Obmann, in dessen Verhinderung sein Stellvertreter. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

11. Aufgabenkreis der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

11.1. Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses.

11.2. Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstandes und der Rechnungsprüfer.

11.3. Beschlußfassung über den Voranschlag.

11.4. Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge und Erlaß einer Beitragsordnung.

11.5. Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft.

11.6. Entscheidung über Berufung gegen Ausschlüsse von der Mitgliedschaft.

11.7. Beschlußfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereines.

11.8. Beratung und Beschlußfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

12. Der Vorstand

12.1. Der Vorstand des Vereines besteht aus

- dem Obmann

- dem Schriftführer

- dem Kassier

- deren Stellvertreter, sowie höchstens

- 5 weiteren Vorstandsmitgliedern

12.2. Die Funktionsdauer des Vorstandes beträgt 2 Jahre. Auf jeden Fall währt sie bis zur Wahl eines neuen Vorstandes. Ausgeschiedene Mitglieder sind wieder wählbar.

12.3. Der Vorstand hat das Recht, bei Ausscheiden eines gewählten Vorstandsmitgliedes an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist.

12.4. Der Vorstand wird vom Obmann bzw. dessen Stellvertreter schriftlich oder mündlich einberufen.

12.5. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte anwesend ist. In jedem Falle müssen der Obmann, sein Stellvertreter oder ein nach 12.7. gewählter Vertreter anwesend sein.

12.6. Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

12.7. Den Vorsitz führt der Obmann, bei Verhinderung sein Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, obliegt der Vorsitz dem Vorstandsmitglied, daß von den anwesenden Vereinsmitgliedern mit Stimmenmehrheit gewählt worden ist.

12.8. Außer durch Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Punkt 12.2.) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitgliedes durch Enthebung (Punkt 12.9.) und Rücktritt (Punkt 12.10.).

12.9. Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne Mitglieder des Vorstandes seiner Funktion entheben.

12.10. Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstandes an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt des gesamten Vorstandes wird erst mit der Wahl des neuen Vorstandes wirksam.

13. Aufgaben des Vorstandes

13.1. Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereines. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- Erstellung des Jahresvoranschlages sowie Abfassung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses,
- Vorbereitung und Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlungen,
- Verwaltung des Vereinsvermögens,
- Aufnahme und Ausschluß von Vereinsmitgliedern,
- Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereines.

14. Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

14.1. Der Obmann oder sein Stellvertreter vertritt den Verein nach außen. Der Vorstand kann aber einem Geschäftsführer die Besorgung der laufenden Geschäfte übertragen.

14.2. Im Innenverhältnis gilt folgendes:

- Der Obmann führt den Vorsitz in der Generalversammlung und in den Vorstandssitzungen. Bei Gefahr in Verzug ist er berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstandes fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; diese bedürfen jedoch der nachträglichen Zustimmung durch das zuständige Vereinsorgan.
- Der Schriftführer hat den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte zu unterstützen. Ihm ob-

liegt die Führung der Protokolle der Generalversammlung und des Vorstandes. Die Protokolle sind vom Obmann und vom Schriftführer zu unterzeichnen.

- Der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereines verantwortlich.

- Die Stellvertreter des Obmannes, des Schriftführers oder des Kassier dürfen nur tätig werden, wenn der Obmann, der Schriftführer oder der Kassier verhindert sind; die Wirksamkeit von Vertretungsverhandlungen wird dadurch aber nicht berührt.

15. Die Rechnungsprüfer

15.1. Die beiden Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung für die Funktionsdauer des Vorstandes gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich.

Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle und die Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie haben der Generalversammlung über das Ergebnis der Überprüfung zu berichten. Im übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen der Punkte 12.2., 12.8., 12.9., und 12.10. sinngemäß.

16. Der wissenschaftliche und künstlerische Beirat

16.1. Für wissenschaftliche und künstlerische Angelegenheiten wird ein Beirat gebildet, der dem Vorstand beratend zur Seite steht. Der Beirat umfaßt bis zu sieben Personen; er bestimmt aus seiner Mitte einen Sprecher, der die Beratungen einberuft und leitet.

16.2. Die Mitglieder des Beirates werden von der Generalversammlung für zwei Jahre gewählt.

16.3. Die Mitglieder des Beirates müssen nicht Mitglieder des Vereines sein.

16.4. Vorschläge für Mitglieder des Beirates sind mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung, welche die Beiratswahl durchführt, einzureichen.

16.5. Vorschlagsberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder und Ehrenmitglieder des Vereines.

17. Das Schiedsgericht

17.1. In allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten entscheidet das Schiedsgericht.

17.2. Das Schiedsgericht setzt sich aus 5 ordentlichen Mitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, daß jeder Streitteil innerhalb von zwei Wochen dem Vorstand zwei ordentliche Mitglieder als Schiedsrichter namhaft macht. Die so namhaft gemachten Schiedsrichter wählen mit Stimmenmehrheit ein fünftes ordentliches Mitglied zum Vorsitzenden des Schiedsgerichtes. Bei Stimmengleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los.

17.3. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern gültig.

18. Auflösung des Vereines

18.1. Die freiwillige Auflösung des Vereines kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Generalversammlung und nur mit der im Punkt 10.8. der Statuten festgehaltenen Stimmenmehrheit beschlossen werden.

18.2. Der letzte Vereinvorstand muß die freiwillige Auflösung

- der Vereinsbehörde schriftlich anzeigen und
- in einer für amtliche Verlautbarungen bestimmten Zeitung veröffentlichen.

18.3. Das im Falle der freiwilligen Auflösung oder bei Wegfall des Vereinszweckes allenfalls vorhandene Vermögen darf in keiner wie auch immer gearteten Form den Vereinsmitgliedern zugute kommen. Es ist vom abgetretenen Vereinsvorstand (vom Liquidator) einem Rechtsträger zu übergeben, der als gemeinnützig, mildtätig oder kirchlich tätig im Sinne der §§ 34 ff der Bundesabgabenordnung anerkannt ist und in der Generalversammlung bestimmt wurde. Im Falle der Auflösung des Vereines hat die letzte Generalversammlung einen Beschluß darüber zu fassen, welchem gemeinnützigen Zweck das Restvermögen zuzuführen ist.